



2018/51 Disko

<https://jungle.world/artikel/2018/51/nach-dem-verlorenen-klassenkampf>

30 Jahre nach dem »Ende der Geschichte«: Francis Fukuyamas neue Thesen

Nach dem verlorenen Klassenkampf

Von **Felix Klopotek**

Im Jahr 1989 verkündete der US-amerikanische Politologe Francis Fukuyama in einem Essay, der »Krieg der Ideologien« sei vorbei, die Zukunft gehöre allein der Demokratie und der Marktwirtschaft, die »alle Widersprüche überwinden und alle Bedürfnisse befriedigen« würden. 30 Jahre später muss er feststellen, dass Demokratien derzeit es nicht gerade einfach haben. In einem neuen Buch erklärt er, wer aus seiner Sicht dafür verantwortlich ist.

Vor 30 Jahren sah der amerikanische Politologe Francis Fukuyama das »Ende der Geschichte« nahen. Für diese Diagnose der modernen Gesellschaft wurde er vielfach belächelt und verspottet. Es wurde ihm unterstellt, ein simples harmonisch-evolutionäres Modell gesellschaftlicher Entwicklung vor Augen zu haben. Was aber mit diesem Schlagwort gemeint ist, reicht tiefer als diese Unterstellung.

Fukuyama war damals zu dem Schluss gekommen, dass die liberaldemokratische westliche Gesellschaft alle Instrumente bereithält, um Krisen, kriegerische Konflikte und gesellschaftliche Widersprüche erfolgreich zu bearbeiten. Die liberale Demokratie habe sich als in sich vernünftig erwiesen, unabhängig davon, wie unvernünftig sich einzelne Regierungen oder bestimmte gesellschaftliche Klassen auch verhalten mögen – das seien nur vorübergehende Erscheinungen. Fukuyama, der seine These am Kollaps der realsozialistischen Staaten schärfte, war gar nicht so weit entfernt vom marxistischen Denken: Auch der Marxismus ging davon aus, dass die kapitalistische Gesellschaft alle Subjekte und Mittel hervorbringt, um die Widersprüche, die diese Gesellschaft produziert, zu überwinden. Nur, dass sich diese Gesellschaft bei Marx am Ende selbst aufheben würde – die Auflösung ihrer Widersprüche würde dazu führen, dass die Menschen auf einer anderen Grundlage arbeiten und haushalten, die dann nicht mehr kapitalistisch ist.

Es ist eine Attacke auf den Neonationalismus eines Donald Trump, aber vor allem eine Abrechnung mit der Linken, der Fukuyama vorwirft, soziale Politik und das Engagement für allgemein verbindliche gesellschaftliche Werte der Demokratie zugunsten einer hemmungslosen Minderheitenpolitik aufgeben zu haben.

Mit der Behauptung vom »Ende der Geschichte« brach Fukuyama diese dialektische Spitze ab. Seine Prognose: Die Lösung der Widersprüche der liberaldemokratischen Gesellschaft führe

nicht über sie hinaus, sondern immer tiefer in sie hinein, zu einer immer festeren Verankerung demokratischer und wirtschaftsliberaler Strukturen.

Nun hat sich Fukuyama wieder mit einem neuen Buch zu Wort gemeldet, erneut soll es ein großer Entwurf werden. In »Identity: The Demand for Dignity and the Politics of Resentment«, das im Februar unter dem Titel »Identität« auf Deutsch im Verlag Hoffmann und Campe erscheint, geht es um sein geistiges Vermächtnis. Im viel beachteten Essay »Gegen Identitätspolitik«, das Fukuyama im Oktober für den Spiegel verfasste, sind die Kernthesen des Buchs enthalten. Es ist eine Attacke auf den Neonationalismus eines Donald Trump, aber vor allem eine Abrechnung mit der Linken, der Fukuyama vorwirft, soziale Politik und das Engagement für allgemein verbindliche gesellschaftliche Werte der Demokratie zugunsten einer hemmungslosen Minderheitenpolitik aufgegeben zu haben. Der Identitätspolitiker Trump - erscheint fast wie das illegitime Kind dieses linken Verrats.

Es ist nicht nur ein rhetorischer Kniff, den sanften Konservativen Fukuyama in die Nähe des Marxismus zu rücken: Er beobachtet, auch in seinem Spiegel-Essay, die gleichen sozialen Entwicklungen wie die Marxisten, zieht aber ganz andere Schlüsse daraus - und das verrät viel über die Abgründe liberalkonservativen Denkens, das von einer »Renaissance des Westens« träumt. Fukuyama beginnt seinen Essay mit dem Stolz des Siegers, der auf die rasante Zunahme der Anzahl von Demokratien zwischen 1973 und 2008 verweist (von 35 auf über 110) und die ebenso rasante Abnahme des Anteils der unter extremer Armut leidenden Weltbevölkerung (von 42 auf 18 Prozent). Aber nur einen Absatz später muss er konstatieren, dass seit 2008 - seit der globalen Finanzkrise und der daran anschließenden Eurokrise - sich diese Tendenz verlangsamt, sogar rückläufig ist. Viele Demokratien, darunter die größten und mächtigsten, seien in einen Selbstzerstörungsprozess eingetreten, der durch den Verfall ihrer öffentlichen Institutionen und ökonomische Desintegration gekennzeichnet sei. Die Widersprüche des Kapitalismus seien offensichtlich doch systembedrohend, stellt Fukuyama fest. An diesem Punkt wählt der Autor einen Ausweg, er verlässt schnell den Weg der gesellschaftlichen Analyse, um auf eine außergesellschaftliche, überhistorische Annahme zurückzugreifen - nämlich auf den von antiken Denkern beschriebenen »dritten Teil der Seele«, jenen Teil, der nicht für das Begehren, nicht für die Reflektion, sondern für den Wunsch nach Anerkennung verantwortlich ist. Dieses Bedürfnis nennt Platon Thymos. Eine »thymotische Politik« so Fukuyama, habe sich besonders bei Linken durchgesetzt habe. Hier unterscheidet er zwischen Anerkennungspolitik, der Aufwertung tatsächlicher oder vermeintlicher Minderheiten, und Identitätspolitik.

Die Folge dieser »Thymotisierung« sei eine gesellschaftliche Zersplitterung, weil sich immer mehr schmerzhaft voneinander abgrenzende Identitäten (selbst-)behaupten und niemand mehr ein allgemeines gesellschaftliches Interesse formuliere. »Tatsächlich hat die Linke sich dem Multikulturalismus genau in dem Moment zugewandt, als es schwieriger wurde, einen groß angelegten sozioökonomischen Wandel herbeizuführen«, schreibt Fukuyama. Es ist ein Schlüsselsatz. Nolens volens verrät der Autor hier, dass die Flucht der Linken in die Identitätspolitik die Folge einer Niederlage ist, zu der übrigens die Protagonisten der westlich-liberalen Politik tatkräftigst beigetragen haben. Von der FBI-Counterinsurgency gegen Bürgerrechtsaktivisten und Militante über die Unterstützung für den Putsch in Chile 1973 bis zum unerklärten Bürgerkrieg gegen die britischen Bergleute 1984 - der Neoliberalismus war von Anfang an begleitet von scharfer Repression gegen alles Widerspenstige von links und von

unten.

Fukuyama reduziert diese Niederlage, die von linker Seite bis heute nicht angemessen aufgearbeitet worden ist, auf eine anthropologische Größe (Thymos) und nicht auf das, dessen Folge sie tatsächlich war: einen verlorenengegangenen – und häufig auch verloren gegebenen – Klassenkampf. Letzteres würde bedeuten, soziale Widersprüche anzuerkennen, die nicht zu versöhnen sind. Die Geschichte wäre weiterhin offen. Ersteres ist die ideologische Grundlage, die zu einem Neonationalismus führt, wie ihn Fukuyama zeichnet. Wenn linke Politik Resultat einer anthropologischen Verirrung ist, die den Wunsch nach Anerkennung grotesk überbetont, dann kann sie auch entschlossen unterbunden werden. »Demokratien haben die Aufgabe, »nationale Bekenntnisidentitäten« zu fördern. Diese beruhen nicht auf gemeinsamen, persönlichen Merkmalen, Erlebnissen, historischen Gegebenheiten oder einer einheitlichen Religion, sondern auf Grundwerten und -überzeugungen«, schreibt Fukuyama. Jetzt wird klar, warum der Autor nur implizit von sozialen Antagonismen spricht, ohne sie offen zu benennen. Welche Grundwerte könnte es in einer unversöhnlichen Klassengesellschaft dauerhaft überhaupt geben? Weil sie solche Werte von sich aus und in sich nicht hervorzubringen vermag, müssen sie ihr »von außen«, durch einen autoritären Staat oder durch einen von Klassenkämpfen aufgezwungenen Kompromiss eingepaukt werden. An Klassenkämpfe denkt Fukuyama keinesfalls.

Er, dessen Abscheu vor Trump ehrlich ist, schreibt es nicht, aber legt es nahe: Die »nationale - Bekenntnisidentität« ist letztlich nur über den Ausnahmezustand, die vollendete Selbstzerstörung von Demokratie und Liberalismus zu erreichen.

Linke können aus Fukuyamas Thesen nicht nur entnehmen, wie viel destruktives Potential selbst in den reflektierteren Ausführungen realpolitisch-liberaler Denker steckt – was einiges über die Wirklichkeit verrät. Er zeigt auch auf, wie sehr die Linke selbst in die ideologischen Staatsapparate verstrickt ist und ihr Heil in der Reform von Institutionen und Sprachpolitik gesucht hat. Als die sogenannten Identitätskämpfe begannen, vor 50, 60 Jahren, da bezogen sie sich allesamt auf die kapitalistische Vernutzung von Arbeit. Es ging darum, die Begriffe der Ausbeutung und Verdinglichung vom Bild der weißen Industriearbeiterschicht abzulösen und sie universal – in all ihren Verästelungen und Schattierungen – zu verstehen, um den Kapitalismus auf breitester Front angreifen zu können. Das Gespür, Unterdrückung auf Ausbeutung zu beziehen, auch dort, wo es nicht um den unmittelbaren Produktionsprozess geht, findet sich bei so unterschiedlichen Protagonisten wie Martin Luther King, den materialistischen Feministinnen der siebziger Jahre oder linken Schwulengruppen (»Wie können Tunten Sozialisten sein?« lautete damals eine Kontroverse). Dieses Gespür – oder auch dieser Konsens – ist in der Tat verlorengegangen. Höchste Zeit, ihn sich wieder anzueignen.